

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 15.04. – 19.04.2013

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Hilfe für Zypern
2. Gleichstellung: Für mehr Frauen in deutschen Chefetagen!
3. Kein Kavaliersdelikt: Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität schaden allen!



Hilfe für Zypern

Erneut mussten wir uns diese Woche ausführlich mit der Stabilisierung der Eurozone beschäftigen. Diesmal ging es um die Finanzhilfen für Zypern und eine Verlängerung der Kreditlaufzeit für Irland und Portugal, die jedoch unstrittig ist. Im dritten Anlauf haben die EU-Finanzminister für Zypern endlich einen Vorschlag vorgelegt, dem nun auch wir zustimmen konnten, weil weitgehende Forderungen der SPD und der europäischen Sozialisten aufgenommen wurden:

- Es gibt einen Paradigmenwechsel bei dem Rettungsschirm im Hinblick auf die **Beteiligung von Banken und** auf die Beteiligung **wohlhabender Gläubiger**. Dies war unsere wichtigste Forderung, weil wir von Beginn an klar gestellt haben, dass wir nicht das Geld der reichen Russen, die Zypern mit Bankeinlagen geflutet haben, retten wollten. Die müssen nun selber bluten.
- Die zweite Forderung, nicht die Kleinsparer zu belasten, wurde ebenfalls erfüllt. **Nur Vermögen über 100.000 Euro werden belastet.**
- Einen weiteren Erfolg konnten wir mit der Forderung nach **Unternehmensbesteuerung sowie Maßnahmen gegen Korruption und Geldwäsche** in Zypern verbuchen.
- Hinzu kommt die **Verkleinerung des Bankensektors und die Tatsache, dass Banken auch pleite gehen können**. Dies war uns sehr wichtig, weil eben in den meisten Rettungsfällen nicht die Staatsverschuldung sondern unkontrollierte Märkte und marode Banken Krisenverursacher waren.

Mit dem Umbau der Bankenlandschaft, den Beiträgen wohlhabender Sparkunden, dem Verkauf von Goldreserven und Steuererhöhungen muss Zypern nun selbst 13 Milliarden Euro aufbringen. Neun Milliarden steuert die Eurozone und eine Milliarde der Internationale Währungsfonds IWF bei. Anders als beispielsweise in Griechenland gehen die Experten davon aus, dass Zypern voraussichtlich alles zurückzahlen kann.

Bei der Abwägung spielten nicht nur die vorgenannten Finanzaspekte eine Rolle sondern auch sicherheitspolitische Betrachtungen. Wer bekommt auf der strategisch gut gelegenen Mittelmeerinsel Einfluss? Dürfen wir es zulassen, dass die Russen hier auf „Shoppingtour“ gehen und beispielsweise Häfen kaufen?

Wir wissen, dass unsere Zustimmung zu den Rettungsschirmen von einigen -gerade im Vorfeld der Wahlen- kritisch gesehen wird. Daher betonen wir noch einmal, dass wir das aus Verantwortung für Europa machen. In 150 Jahren haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer Verantwortung getragen und sich nie davor gedrückt. Wir werden jetzt nicht damit anfangen.

Noch eine kurze Info zu der neuen Rechts-Abspaltung der Konservativen, der **AfD** (Alternative für Deutschland): Die *Partei* gilt als Sammelbecken von *enttäuschten Ex-Anhängern von Union und FDP*. Mit anti-europäischer Stimmungsmache versuchen sie aus der europäischen Krise populistisch Nutzen zu ziehen. Antworten auf viele Fragen - etwa auf die wirtschaftlichen Folgen ihrer Forderung nach einer Auflösung der Eurozone - bleibt die Partei aber schuldig.

Gleichstellung: Für mehr Frauen in deutschen Chefetagen!



„Schröder hat sich durchgesetzt, von der Leyen ist gescheitert, Merkel ist es egal und die Frauen gehen leer aus.“ Dieses Zitat von Frank-Walter Steinmeier bringt den **faulen Koalitions-Kompromiss zur Frauenquote** auf den Punkt.

Der Streit um eine verbindliche und feste Quote hat tiefe Gräben in den Reihen der CDU/CSU gerissen. Ursula (genannt „Röschen“) von der Leyen ist als Kämpferin für eine feste Frauenquote eingeknickt und (leider) grandios gescheitert. Nun trägt sie einen faulen Kompromiss mit, der vorsieht, eine Quote von 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten von 2020 an ins Wahlprogramm der CDU zu schreiben. Röschen und die CDU-Frauen mussten diesen hingeworfenen „Knochen“ schlucken und den rückständigen und nichtssagenden sogenannten „Klößner-Vorschlag“ akzeptieren. Damit kommt keine einzige Frau mehr in deutsche Chefetagen. Warum wollen CDU/CSU und FDP hervorragend ausgebildeten Frauen weniger Karrierechancen geben als Männern?

Handeln statt Reden!
Für eine verbindliche Frauenquote in Unternehmen.



Ohne alle Argumente wiederholen zu wollen, die für einen gerechten Anteil von Frauen, auch in den Chefetagen deutscher Unternehmen sprechen, möchten wir Euch an dieser Stelle dennoch kurz erläutern, warum wir am Donnerstag unseren Gesetzentwurf für eine 40%ige Frauenquote ab 2015 in Vorständen und Aufsichtsräten eingebracht haben ([hier geht zum Antrag der SPD 17/8878](#)) und warum der schwarz-gelbe Kuhhandel vom Donnerstag zu Recht einen solchen Wirbel ausgelöst hat:

Frauen werden in der Wirtschaft nach wie vor benachteiligt und zwar insbesondere, wenn es um einflussreiche Top-Jobs und verantwortungsvolle Führungspositionen geht. Eine freiwillige Verpflichtung der Wirtschaft, etwas an dieser Benachteiligung zu ändern, gibt es seit 12 Jahren. An der Situation änderte sich leider nichts! Deutschlands

Unternehmen stehen im internationalen Vergleich auf einem hinteren Platz. Deshalb muss die Zeit der Freiwilligkeit vorbei sein, wir brauchen gesetzliche Regelungen.

In den 200 größten Unternehmen sind gerade einmal 13 Prozent der Aufsichtsräte weiblich. Davon übrigens mehr als zwei Drittel auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Einen 19%igen Frauenanteil weisen die Aufsichtsräte der DAX 30 Unternehmen auf. In den Vorstandsetagen der 200 größten deutschen Unternehmen finden sich sogar nur 4 Prozent Frauen. Diese Zahlen sprechen für sich. Gerechtigkeit sieht anders aus.



Kein Kavaliersdelikt: Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität schaden allen!



Nicht nur bei der Frauenquote haben Frau Merkel und die schwarz-gelben Koalitionäre mal wieder ihre Doppelzüngigkeit bewiesen. Diesmal war es bei der Frage von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität. Wir alle wissen, dass es nicht um Einzelfälle unterhalb einer Bagatellgrenze geht, sondern es geht um handfeste Steuerhinterziehung und Steuervermeidung im großen Stil bis hin zu Wirtschaftskriminalität. Das schadet jeder steuerehrlichen Bürgerin und jedem steuerehrlichen Bürger. Es geht aber auch zu Lasten des Staates, der Unternehmen und Geldinstitute, der ehrlichen Anleger und der öffentlichen Hand sowie den Sozialversicherungssystemen und nicht zu letzt schadet es den Sparern.

Unser Wahlprogramm, dass wir am vergangenen Sonntag bei unserem Parteitag in Augsburg verabschiedet haben, enthält zu diesen Punkten ebenfalls klare Aussagen. Wir haben euch das Programm beigefügt, ihr könnt es aber auch unter [folgendem Link](http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf) herunterladen:

Der Streit um den Ankauf von Steuer-CDs und der Krach um das Steuerabkommen mit der Schweiz haben gezeigt, dass Frau Merkel auch hier ihrem Motto treu ist: Erst mal gar nichts tun, aber immer wenn es neue Enthüllungen gibt, lautstark nach härteren Strafen und mehr Überwachung schreien. Verlässliche Politik sieht anders aus, Frau Merkel!

Für die SPD steht fest, dass Steuerbetrug wirksam bekämpft werden muss! Dazu brauchen wir eine bundesweite Steuerfahndungsstelle. Neben vielen anderen Regelungen muss der Staat auch dafür sorgen, dass Unternehmen mit kriminellem Verhalten zukünftig keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten und es sollte ein bundesweites „Korruptionsregister“ geführt werden.

Unsere Tipps:

- **Juniorwahl 2013:** Anstatt einer Klassenarbeit gibt es eine Juniorwahl! Die Idee, die hinter der Juniorwahl 2013 steht, ist einfach: Schülerinnen und Schüler sollen Demokratie üben und erleben! Wir finden diese Idee sehr gut und **empfehlen den Schulen in unseren Wahlkreisen** sich unter www.juniorwahl.de anzumelden.

- **Deutscher Alterspreis 2013:** `Ideen im Alter. Ideen fürs Alter.` , so der Slogan des Alterspreises 2013, der von der Robert-Bosch-Stiftung mit insgesamt 120.000 € dotiert ist. Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen, die Ideen im und Ideen fürs Alter haben, können sich bis zum 12. Mai 2013 hier bewerben: www.alterspreis.de.

- Wir möchten auf eine **Aktion des ACE** Auto Clubs Europa für mehr **Sicherheit für Fußgänger**, insbesondere an Zebrastreifen, hinweisen: „**Halten.Sehen.Sichergehen**“. Wer sich näher informieren möchte, kann dies unter <http://www.ace-online.de/index.php?id=2224> tun.

- Bei der Ausschreibung „**Umweltgerechte Modernisierung**“, einem Wettbewerb für Wohnungsunternehmen, Fensterbauer und die öffentliche Hand unter Schirmherrschaft des Leiters des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, ist eine Bewerbung noch bis zum 15. Nov. 2013 möglich. Weiterführende Informationen gibt es unter <http://www.rewindo.de/wettbewerb2012.html>

- **Hessischer Tourismuspreis 2013:** In den Kategorien „Touristische Marketingideen und Konzepte“ und „Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Angebotsentwicklung“ können sich unter www.tourismuspreis-hessen.de Hotellerie, Gastronomie, Regionen und andere Arbeitsgemeinschaften mit innovativen Projekten rund um den Tourismus in Hessen bewerben.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia